Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint werktags 18 Uhr. Bezugspreis monatl. 2 RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,32 RM. zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut ausliegender Preisliste Nr. 8. — Ziffer-Gebühr: 20 Rpf. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206

Das „Wilsdruffer Tageblatt" ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Meißen und des Bürgermeisters zu Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Nossen sowie des Forstrentamts Tharandt

Nr. 202 — 98. Jahrgang | Drahtanschrift: „Tageblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Donnerstag, den 31. August 1939

Polen — der Friedensstörer Europas

Gesamtmobilmachung Polens

Wie bekanntgegeben wird, wurde Mittwoch nachmittag um 14.30 Uhr in Polen die Gesamtmobilmachung befohlen.

Die polnische Generalmobilmachung hat panikartig eingesetzt. Große Plakate an allen Straßenecken Warschaus kündeten von der sofortigen Einberufung aller wehrfähigen Männer im Alter bis zu 40 Jahren. Eine große Menschenmenge sammelte sich vor diesen Aufrufen. Ferner fand eine allgemeine Beschlagnahme von Pferden und mechanischen Transportmitteln einschließlich Fahrrädern statt.

Die Anordnung der Gesamtmobilmachung in Polen ist ein neuer Beweis für die Angriffsabsichten dieses Staates. Darüber können die Polen auch dadurch nicht hinwegtäuschen, daß sie die Gesamtmobilmachung mit den deutschen Abwehr- und Sicherheitsmaßnahmen im Osten „begründen" wollen. Diese Maßnahmen waren unvermeidlich, nachdem die Polen seit vielen Monaten Truppen über Truppen in Richtung auf Danzig und die deutsche Grenze in Bewegung gesetzt haben. Nach ihren eigenen Angaben haben die Polen heute bereits 2½ Millionen Mann unter Waffen! Es ist eine niederträchtige Lüge, wenn man in Warschau nun versucht, die Gesamtmobilmachung als eine „Verteidigungs"maßnahme darzustellen. Es ist der Wille zum Angriff, es ist der Wille, Europa herauszufordern, der diesen Beschluß eingegeben hat! Auch in den vergangenen Wochen und Monaten hat dieser verbrecherische Wille sich von Tag zu Tag aufs neue bekundet. Ohne diesen Willen, das Schicksal herauszufordern, hätte es in Polen nie zu den gräßlichen Schandtaten gegen Menschen deutschen Blutes, hätte es nie zu den Brandstiftungen im Grenzgebiet und selbst auf reichsdeutschem Gebiet, hätte es nie zu den wilden Haßgesängen gegen Deutschland und zur Aufstellung von Eroberungsplänen kommen können, die einfach vom Wahnsinn zeugen.

Die Gesamtmobilmachung in Polen müßte ganz Europa die Augen darüber öffnen, daß Polen gewissenlos mit dem Schicksal der Kulturwelt spielt. Wieder ist es Polen — das von England aufgehetzte Polen! —, das sich schwerste Verantwortung aufbürdet und dazu nach dem alten Rezept: „Haltet den Dieb!" in verlogenster Weise andern die Schuld aufbürden will. Dieser Versuch aber scheitert schon daran, daß die Dinge für jeden, der sehen will, klar liegen. Polen war es, das die Krise durch die Ablehnung jeder gerechten Neuordnung ausgelöst und dadurch, daß es Truppen in Marsch gesetzt hat, ständig verschärft hat. Mit der Gesamtmobilmachung geht es nur einen — allerdings großen — Schritt weiter auf einem Weg, den es bereits im März betreten hat, hinein in sein eigenes Verderben!

Warschauer Rundfunk bestätigt polnische Generalmobilmachung

Der Warschauer Rundfunk gab in einer Sondermeldung die Anweisung der Militärbehörden bekannt, daß die Mobilmachungsbestimmungen für die Inhaber der weißen Karten in Kraft getreten sind. Diese Maßnahme entspricht der Generalmobilmachung.

Deutsche Mitteilung vor dem Londoner Kabinett

Nächtliche Prüfung im Außenministerium

Die deutsche Antwort auf die Mitteilung der britischen Regierung vom Dienstag traf in der Nacht zum Mittwoch in London ein. Der britische Außenminister Lord Halifax besprach die deutsche Botschaft sofort mit seinen Mitarbeitern. Die Besprechung dauerte bis 2.30 Uhr früh. Das englische Kabinett trat dann im Laufe des Mittwoch zur Durchberatung der deutschen Mitteilung zusammen.

Henderson bei Ribbentrop

Der Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop empfing in der Nacht zum Donnerstag im Auswärtigen Amt den britischen Botschafter in Berlin, Sir Neville Henderson.

Antwort des Führers Warschau übermittelt

Wie aus London gemeldet wird, wurde der Wortlaut der Dienstag abend in London eingetroffenen Antwort des Führers vom britischen Botschafter in Warschau Mittwoch morgen dem polnischen Außenminister übermittelt.

Am Dienstag wurde der englische Botschafter in Warschau von Außenminister Beck wie auch von Vizeaußenminister Szembek empfangen. Beim polnischen Staatspräsidenten Mościcki fand eine Beratung statt, an der Marschall Rydz-Śmigły, Ministerpräsident Składkowski und Außenminister Beck teilnahmen.

Polen verletzt deutsch-polnischen Staatsvertrag

Privilegierter Zug durch den Korridor wurde nicht übernommen

Der planmäßig um 10.22 Uhr ab Marienburg-Westpreußen verkehrende privilegierte D-Zug 24 Marienburg—Danzig—Groß-Boschpol—Stolp—Stettin—Berlin, Stettiner Bahnhof, ist am Mittwoch von den polnischen Staatsbahnen nicht übernommen worden. Die Polen haben weder Lokomotive noch Zugbegleitpersonal gestellt.

Der Zug gehört zu den durch den deutsch-polnischen Staatsvertrag vom 21. April 1921 (Pariser Staatsvertrag) privilegierten Zugverbindungen zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschen Reich. Das Verhalten Polens ist somit sowohl eine Verletzung dieses Staatsvertrages als auch der auf den deutsch-polnischen Fahrplankonferenzen in Ausführung dieses Staatsvertrages getroffenen Vereinbarungen.

Mit dieser Verletzung des deutsch-polnischen Staatsvertrages scheint Polen die bisherigen Versuche zur Störung des Verkehrs zwischen Deutschland und Ostpreußen verschärfen zu wollen. Wenn wir uns daran erinnern, daß die polnischen Schikanen damit begannen, daß zunächst deutsche Reisende, die den direkten Korridorverkehr benutzten, aus den Zügen heraus verhaftet wurden, und daß dann, als der Verkehr mehr auf den Seeweg verlagert wurde, mehrfach deutsche Verkehrsflugzeuge beschossen wurden, dann kann man deutlich die Linie erkennen, die Warschau einzuschlagen scheint.

Man ist sich hoffentlich in Polen darüber klar, daß eine offensichtliche Verletzung des Staatsvertrages den Konflikt noch erheblich kompliziert und daß die Beziehungen zwischen Warschau und Berlin damit auf eine sehr ernste Probe gestellt sind. Das sollte man sich auch in London und Paris sagen, wo man die Macht hat, die Polen zur Besinnung zu rufen. Wir jedenfalls müssen immer wieder betonen, daß die Zuspitzung des deutsch-polnischen Konfliktes mit jedem Tage gefährlicher wird.

Auch Eisenbahnverkehr Chorzow—Beuthen von Polen unterbrochen

Wie die „Oberschlesische Volksstimme" in Gleiwitz meldet, haben die Polen nach ihrem plötzlichen und heimlichen Abzug aus ihrer Grenzabfertigungsstelle im Beuthener Hauptbahnhof nun ebenso rechtswidrig ihren bisher einigermaßen normal durchgeführten Eisenbahnverkehr von und nach Beuthen in Chorzow eingestellt. Mit rücksichtsloser Gewalt drängten polnische Eisenbahn- und Polizeibeamte z. B. am Mittwochnachmittag aus dem sonst in Beuthen um 12.50 Uhr eintreffenden internationalen Fern-D-Zug alle Fahrgäste, ganz gleich welcher Nationalität aus den Wagen, die bestimmungsgemäß bis Berlin und Ostende als Kurswagen weitergehen sollten. Besonders unverschämt benahmen sie sich gegenüber zahlreichen reichsdeutschen über die nahe Kohlenhalde auf die Straße Königshütte. Sie jagten diese bedauernswerten und verängstigten Menschen über die nahegelegene Kohlenhalde auf die Straße Königshütte—Beuthen und erlaubten noch nicht einmal, daß die mit Koffern schwerbepackten reichsdeutschen Flüchtlinge die Straßenbahn bis in unmittelbare Grenznähe benutzten.

Ministerrat für Reichsverteidigung

Der Führer hat am 30. August 1939 den nachstehenden Erlaß vollzogen:

Erlaß des Führers
über die Bildung eines Ministerrates für die Reichsverteidigung vom 30. August 1939

Für die Zeit der gegenwärtigen außenpolitischen Spannung ordne ich zur einheitlichen Leitung der Verwaltung und Wirtschaft folgendes an:

1.

Aus dem Reichsverteidigungsrat wird als ständiger Ausschuß ein

„Ministerrat für die Reichsverteidigung"

gebildet. Dem Ministerrat für die Reichsverteidigung gehören als ständige Mitglieder an:

Generalfeldmarschall Göring als Vorsitzender,
der Stellvertreter des Führers,
der Generalbevollmächtigte für die Reichsverwaltung,
der Generalbevollmächtigte für die Wirtschaft,
Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei,
der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.

Der Vorsitzende kann auch andere Mitglieder des Verteidigungsrates sowie weitere Persönlichkeiten zu den Beratungen zuziehen.

2.

Der Ministerrat für die Reichsverteidigung kann Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen, falls ich nicht die Verabschiedung eines Gesetzes durch die Reichsregierung oder den Reichstag anordne.

3.

Die Befugnisse des Generalfeldmarschalls Göring aus der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes vom 18. Oktober 1936 (Reichsgesetzblatt I, Seite 887), im besonderen sein Recht, Weisungen zu erteilen, bleiben bestehen.

4.

Die Geschäfte des Ministerrates für die Reichsverteidigung führt der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei.

5.

Den Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Erlasses bestimme ich.

Berlin, den 30. August 1939.

Der Führer. Gez. Adolf Hitler.
Gez. Göring, Generalfeldmarschall.
Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei
Gez. Dr. Lammers.

So sehr Deutschland den Frieden wünscht und mit allen Mitteln zu erhalten strebt, so sehr ist es auch entschlossen, alle Maßnahmen, die zur Sicherung seiner Lebensinteressen dienen, mit einer Kraft durchzuführen, die einem starken einigen Volk in schwerer Zeit würdig ist und die zeigt, daß es in unserer Haltung keine Weichlichkeit gibt. Männlich, ruhig, entschlossen, geeint in einem Willen — so sehen wir das deutsche Volk, an dessen Seite das italienische steht, jetzt inmitten einer flackernden unruhigen, von Kriegspsychosen fieberhaft geschüttelten Welt. Und so wie die Einführung der Bezugsscheinpflicht erkennen ließ, daß Deutschland mit allen Eventualitäten rechnet, zeigt auch die Bildung des Ministerrates für die Reichsverteidigung, daß Deutschland zum ganzen Einsatz bereit ist, wenn die Welt seinen gerechten Forderungen kein Verständnis entgegenbringen will, wenn deutsche Brüder in Polen weiter gequält und gemartert werden, wenn der Schandvertrag von Versailles nicht endgültig liquidiert wird. Auch diese Maßnahme des Führers zeugt von dem Ernst der gegenwärtigen Lage und der stahlfesten Entschlossenheit Neutschlands.

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF